

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten zur EEG-Novellierung

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

Die unten angegebenen Klimaschutzorganisationen appellieren: Schaffen Sie ein Gesetz, das die Schutzrechte unserer Verfassung - den Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums [1] wieder in Kraft setzt, damit eine lebenswerte Zukunft möglich wird. Es geht um den Kabinettsbeschluss zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 (EEG 2021).

Das EEG hat den Grundstein für den notwendigen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) gelegt. Mit großer Sorge stellen wir fest, dass dieses, für den Klimaschutz so wesentliche Gesetz seit mehr als zehn Jahren systematisch verschlechtert wurde. Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien und Investitionen in nachhaltige Technologien werden sukzessive ausgebremst. Wesentliche gesetzliche Neuorientierungen sind nun nötig, um die EE wieder zu entfesseln. Diese Anforderungen erfüllt der vorliegende Gesetzentwurf des Bundeskabinetts nicht.

Unsere Bitte: Setzen Sie sich für ein Gesetz ein, das die oben genannten verfassungsrechtlichen Schutzrechte der Bürger*innen dieses Landes ernst nimmt. Folgen Sie den durchweg übereinstimmenden Auffassungen der weltweit forschenden Klimawissenschaftler*innen. Es ist noch nicht zu spät.

Wesentliche Rahmenbedingungen sind:

- Um die schon jetzt sichtbar und verheerend wirkende Erderwärmung zu begrenzen und das Pariser Klimaschutzziel von 1,5°C [2] zu erreichen, müssen die Erneuerbaren Energien bis spätestens 2030 zu 100% [3] ausgebaut worden sein.
- Dieses Ziel erfordert einen sich beschleunigenden Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und den gleichzeitigen Abbau der fossilen - und atomaren - Energieerzeugung.
- Für diesen Ausbau stehen viele Bürger*innen, klein- und mittelständische Unternehmen sowie ökologisch und/oder regional ausgerichtete Kreditinstitute bereit. Sie warten nur auf ein Gesetz, das ihnen diesen Ausbau ermöglicht und nicht massiv behindert.

Besonders dringlich ist die Umsetzung folgender Forderungen, die schon oft vorgebracht aber nicht berücksichtigt wurden:

- Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU (2018/2001) [4] ist in den Punkten, die eine 100%ige Erzeugung von EE in allen Sektoren ermöglichen, in den Gesetzentwurf einzubauen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch Bürger/innen und Kleinunternehmen muss frei von Abgaben, Umlagen und Restriktionen "bürokratiarm" ermöglicht werden. Im Sinne ökologischer und sozialer Gerechtigkeit müssen gemeinschaftliche Investitionen und Mieterstrom-Projekte gefördert werden. [5]
- Der Betrieb von EE-Anlagen muss sich wirtschaftlich wieder lohnen. Die Vergütungen müssen den Wert des Stroms für Umwelt und Gesellschaft widerspiegeln sowie von Abgaben, Umlagen und Restriktionen befreit werden.

- Alle Regelungen des EEG zur Begrenzung des Ausbaus müssen abgeschafft werden. Investitionsbeschränkungen durch Ausschreibungen oder Deckelungen („atmender oder absoluter Deckel“) widersprechen dem beschleunigten Ausbau von Wind und Solar. Alle geeigneten Flächen müssen genutzt und der Betrieb der Anlagen regional vernetzt werden.
- Ohne den Ausbau von Kurz- und Langzeitspeichern und eine Systemintegration Erneuerbarer Energien [6] ist eine vollständige Energiewende nicht zu schaffen.

Alle Akteure - und dazu gehören gerade auch Sie als gewählte Vertreter des Volkes - müssen die Voraussetzungen schaffen, dass wir erheblich besser und stärker gemeinsam agieren können, um eine Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien dezentral und versorgungssicher aufzubauen.

Werte Abgeordnete,

Sie haben ein großes Vorhaben - die EEG-Novelle 2021 - zu meistern. Mit der Erkenntnis des klimawissenschaftlich Notwendigen und dem Willen es auch zu tun, kann Großes vollbracht werden. Sie haben eine hohe Verantwortung die Kräfte der Energiewende jetzt so zu stärken, damit uns die Erhaltung der menschlichen Zivilisation bestmöglich noch rechtzeitig gelingt.

Natürlich gehen Arbeitsplätze, Gewinne und Steuereinnahmen in der bisherigen Energiebranche verloren. Aber es entstehen - bestenfalls auch durch staatlich geeignete Förder- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt - viel mehr neue Arbeitsplätze in der neuen Energiebranche und ein hohes Potential an regionaler Wertschöpfung. [7]

Die Demonstrationen der „X-For-Future-Bewegungen“ verlangen mutige Entscheidungen und finanzielle Investitionen in eine lebenswerte Zukunft. Es wäre schön, wenn „X-For-Future-Bewegungen“ erkennen, dass den Worten der Abgeordneten entsprechende Taten folgen.

Einige, diesen Offenen Brief unterzeichnende Klimaschutzorganisationen haben Stellungnahmen zum Referentenentwurf des EEG 2021 [8] und Empfehlungen für ein neues EEG an das Bundeswirtschaftsministerium [9] gesandt. Der Runde Tisch Erneuerbarer Energien bietet Ihnen seine Unterstützung an. [10]

Fußnoten:

[1] Verfassungsbeschwerde des SFV und BUND sowie 11 Einzelklägern wegen unzureichender deutscher Klimaschutzpolitik: Infos unter [Klimaklage](#)

[2] Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat keine Partei einen Plan zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Deshalb hat die die „Fridays for Future Bewegung“ dazu eine Studie beim Wuppertaler Institut in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Studie finden Sie unter <https://fridaysforfuture.de/studie/>

[3] Beschluss der Mitgliederversammlung des Bündnis Bürgerenergie e. V. zum einstimmig am Runden Tisch der Klimaschutz- und EE-Vereinigungen (RT-EE) verabschiedeten Leitsatz „100% EE bis spätestens 2030: <https://www.buendnis-buergerenergie.de/aktuelles/news/artikel/2020-9-25/zukunftsweisende-satzungsänderung>

[4] Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018, L 328/82, Amtsblatt der Europäischen Union vom 21. Dezember 2018 – abrufbar

unter:<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018L2001&from=DE>)”.

[5] Z. B. Stellungnahme des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. zum EEG-Referentenentwurf unter http://www.sfv.de/artikel/stellungnahme_des_solarenergie-foerderverein_deutschland_ev_zum_referentenentwurf.htm, des Bündnis BürgerEnergie e.V. <https://www.buendnis-buergerenergie.de/aktuelles/news/artikel/2020-9-18/buendnis-buergerenergie-nimmt-zum-referentenentwurf-zum-eeg-2021-stellung> und der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie <https://www.dgs.de/index.php?id=4342&type=0>

[6] Eckpunkte für eine Gesetzesinitiative zur Systemintegration Erneuerbarer Energien Sektorenkopplungs- und Innovationsgesetz für Erneuerbare Energien (SIG-EE) Hans-Josef Fell & Thure Traber <http://energywatchgroup.org/eckpunkte-fur-eine-gesetzesinitiative-zur-systemintegration-erneuerbarer-energien>

[7] Der Rhein-Hunsrück Kreis ist europaweite Vorzeigeregion, wie regionale Wertschöpfung zum Wohle aller Einwohner*innen des Kreisgebietes funktioniert, siehe <https://www.kreis-sim.de/Klimaschutz/Ziele-Motto-und-Konzept/Regionale-Wertsch%C3%B6pfung>, <http://www.solarstromforum24.de/images/rhein-zeitung-kreis-cochem-zell-08.11.201923.pdf>

[8] Links zu Stellungnahmen, u.a. http://www.sfv.de/artikel/stellungnahme_des_solarenergie-foerderverein_deutschland_ev_zum_referentenentwurf.htm

[9] Der Runde Tisch der Klimaschutz- und EE-Vereinigungen (RT-EE) hat einstimmig seinen Leitsatz verabschiedet: „100 Prozent Erneuerbare Energie bis spätestens 2030“. Am RT-EE sitzen z. B. das Bündnis Bürgerenergie e.V., der Bund der Energieverbraucher e. V., der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e. V., German Zero, die Fridays for Future Deutschland Bewegung, die Parents for Future Deutschland Bewegung, die Scientists for Future Bewegung, die Europäische Energiewende Community.

[10] Erster Ansprechpartner für den RT-EE ist Rainer Doemen, raidoe@mail.de, mobil: 0176-47814701